



Sieben Jahre Rot-Grün – Sieben Mal die rote Karte!

Wirtschaftspolitischer
Vergleich



Handlich, nützlich, fundiert erarbeitet und übersichtlich soll er sein. Diesen Anspruch an ihren wirtschaftspolitischen Ländervergleich hat die MIT NRW und den erfüllt sie auch seit vielen Jahren immer auf's Neue. Nützlich diesmal natürlich vor allem im Wahlkampf vor Ort, als Argumentationshilfe für unsere Wahlkämpfer. Hierfür bietet der Vergleich hoch interessante Zahlen, die das Versagen von Rot-Grün eindeutig zeigen. Auf insgesamt sieben Argumentationskarten zeigt die MIT NRW Sozialdemokraten und Grünen die rote Karte.

Hier finden Sie Zahlen zur Wachstumschwäche, zur Entwicklung der Arbeitslosigkeit, zur Veränderung des Armutsrisikos, den Unternehmensinsolvenzen und der Produktivität sowie zum Öffentlichen Schuldenstand und zur Situation bei der Unternehmensbesteuerung. Wir vergleichen dabei die Bundesrepublik mit den anderen EU-Mitgliedsstaaten, mit den USA und mit Japan in der Regierungszeit von Rot-Grün.

Rot-Grün bremst Wachstum

So steht Deutschland als Wachstumszwerg in Europa da. Auf den 23ten Platz beim durchschnittlichen Wirtschaftswachstum 1998-2004 der 25 EU-Länder (+ USA und Japan) hat uns Rot-Grün gebracht. In 2004 wuchs die deutsche Wirtschaft lediglich um 1,6% und die Prognosen sehen eher düster aus. Wir stehen ganz hinten in Sachen Wachstumsdynamik.

Und die Folgen sind erschreckend für eine Industrienation wie die unsere. Die Sozialsysteme drohen zu kollabieren. 5 Millionen registrierte Arbeitslose, Firmenpleiten in Rekordhöhe und völlig überschuldete öffentliche Haushalte sind Symptome einer verfehlten Wirtschaftspolitik von Rot-Grün. Geprägt ist dies vor allem von dauernden wechselnden Zielrichtungen der Regierungspolitik. Heute „Genosse der Bosse“, morgen „Linksschwenk marsch!“. Bürger und Wirtschaft jedenfalls spürten niemals zuvor eine solche Unsicherheit über die politische Richtung und zeigen dies in Konsum- und Investitionszurückhaltung.

Aber die Krise ist nicht nur Psychologie. Die Deutschen wurden unter Rot-Grün tatsächlich ärmer. Das Armutsrisiko in Deutschland wuchs von 1998 bis 2003 mehr als in allen anderen europäischen Ländern (+ 4%).

Waren 1998 noch 11% der Bevölkerung gefährdet, unter die Armutsschwelle zu fallen, so waren dies 2003 schon 15%. In anderen Ländern wurde dieses Risiko sogar deutlich abgebaut. Rot-Grün macht arm. Rot-Grün macht arm, weil Rot-Grün arbeitslos macht. Rot-Grün macht arm, weil Rot-Grün Pleite und Schulden macht und die Bürger und Unternehmen abkassiert. Und Rot-Grün macht arm, weil die Wirtschaft unter dieser Regierung nicht wächst und die Produktivität zurückbleibt. Natürlich stellt die MIT auch die aus ihrer Sicht wichtigsten

Wenn im September gewählt wird, hat Rot-Grün sieben Jahre lang regiert. Es waren sieben magere Jahre und sieben verlorene Jahre für den Mittelstand. Von all den Versprechungen ist nichts geblieben. Die MIT NRW vergleicht regelmäßig die zentralen wirtschaftspolitischen Indikatoren NRW's und Deutschlands. Dieses Benchmarking zeigt die Lage unseres Landes und die Leistung der Politik. Sieben Jahre Rot-Grün, das sind...

- ... 5 Millionen Menschen arbeitslos
- ... 40.000 Firmenpleiten pro Jahr
- ... 1.000 Arbeitsplätze weniger pro Tag
- ... 6 Millionen Euro neue Schulden pro Stunde
- ... der letzte Platz in Europa beim Wachstum

Weder schöne Worte noch leere Versprechungen können diese Bilanz vergessen machen. Deswegen zeigen wir SPD und GRÜNEN siebenmal die rote Karte:

- Rot-Grün bremst Wachstum!
- Rot-Grün macht arbeitslos!
- Rot-Grün macht arm!
- Rot-Grün macht Pleite!
- Rot-Grün macht unproduktiv!
- Rot-Grün macht Schulden!
- Rot-Grün kassiert ab!

Eine Politik des „Weiter so“ vergibt Deutschlands Chancen. Unser Land kann sich kein weiteres verlorenes Jahr leisten. Deswegen am 18. September: Beide Stimmen für die CDU.

Zeigen Sie Rot-Grün die rote Karte!

Hartmut Schauerte

Lösungsansätze der CDU vor. Sieben zentrale Botschaften des CDU/CSU-Regierungsprogramms haben wir zusammengestellt. Sieben deutliche und ehrliche Punkte, die Vorfahrt für Wachstum und Arbeit geben.

Der Wirtschaftspolitische Ländervergleich wurde in einer Auflage von 50.000 Exemplaren aufgelegt.

Erhältlich ist er kostenlos in der MIT-Landesgeschäftsstelle. Einfach per Mail anfordern unter stefan.simmnacher@mit-nrw.de oder per Telefon bei Stefan Simmnacher 0211-1360045.



Helmut Nowak

Helmut Nowak ist Spitzenkandidat der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU NRW. Der 1941 geborene Leverkusener Unternehmer führt seit 1970 einen mittelständischen Betrieb und engagiert sich für die Belange der Wirtschaft, insbesondere des Mittelstandes.

Als Kreisvorsitzender der MIT Leverkusen und als stellvertretender Vorsitzender des Bezirkes Mittelrhein vertritt er die MIT in der Region. Als Mitglied des MIT-Bundesvorstandes und als Vorsitzender der Bundesstrukturkommission ist er bundesweit tätig.

Als wichtigste Ziele als Abgeordneter für seinen Wahlkreis in Leverkusen und Köln-Mühlheim hat sich Helmut Nowak den Abbau staatlicher Geldverschwendung/den Subventionsabbau/eine Erziehungs- und Ausbildungsoffensive/die Senkung der Steuerlast und die Vereinfachung des Steuersystems/eine Reduzierung der Arbeitslosenzahl um mind. 1 Mio. bis 2009/eine klare Begrenzung der Zuwanderung/die Sicherung der Sozialsysteme entsprechend der Lebensleistung/die Vereinbarkeit von Familie und Beruf/den Start Unternehmensgründungsoffensive/den Abbau von Beschäftigungshindernissen und die Stärkung des Forschungs- und Wissenschaftsstandortes Deutschland vorgenommen.

Als echter Unternehmer kann er mitreden und bringt viel Erfahrung und Einsatz in Sachen Selbständigkeit mit: Ein Spitzenkandidat, der die Mittelstandsvereinigung NRW idealtypisch verkörpert.



Henning Aretz

„Essen, gib dir einen Ruck!“ Mit diesem Appell tritt Henning Aretz im knappsten Wahlkreis des Ruhrgebietes an, im Essener Süden und Westen. Er ist Leiter Gasverkauf Mittelosteuropa der E.ON Ruhrgas AG, war zuvor acht Jahre Mitglied des Vorstandes der Budapester Gaswerke AG und in der Gorbatschow-Zeit UdSSR-Referent beim Bundesverband der Deutschen Industrie.

Auf dem Weg zum Volljuristen hat er bei der Europäischen Kommission in Brüssel gearbeitet und ein Jahr in Afrika studiert. Sein internationales Berufsleben verbindet er mit der Basisarbeit des ehrenamtlichen politischen Engagements.

Er ist Ratsherr der Stadt Essen und seit zehn Jahren Vorsitzender der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung in Essen. Als damals jüngster Abiturient Deutschlands und Stipendiat der Konrad-Adenauer-Stiftung sieht er sich augenzwinkernd als „ehemaligen Hochbegabten“.

Er engagiert sich in der kirchlichen und sozialen Arbeit vor Ort, zum Beispiel als Vorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises der CDU Ruhr und Vorstandsmitglied seines Rotary-Clubs. Aretz hat mit seiner Ehefrau zwei Söhne und zwei Töchter.



Lena Strothmann MdB

Lena Strothmann, Damenschneidermeisterin und Handwerksunternehmerin, wurde 1952 in Münster geboren, ist verheiratet und hat eine Tochter. Sie ist Abgeordnete für den Wahlkreis Bielefeld seit 2003 und Stellvertretende Kreisvorsitzende der CDU Bielefeld. Lena Strothmann entschied sich schon früh, im Modebereich tätig zu werden.

Verbunden mit dem Wunsch nach Eigenständigkeit gründete sie 1983 nach Designstudium und Meisterprüfung ihr eigenes Modeatelier. Heute leitet sie als Geschäftsführerin gemeinsam mit ihrem Mann ihr Unternehmen Kleegräfe und Strothmann „Die Couturiers“.

Das ehrenamtliche Engagement im Innungsverband gipfelte 1998 in der Wahl zur Präsidentin der Handwerkskammer Ostwestfalen-Lippe zu Bielefeld – als erste und bisher einzige Frau steht sie an der Spitze einer der 55 deutschen Handwerkskammern. Die Handwerkskammerpräsidentin vertritt 20.000 Handwerksbetriebe in Ostwestfalen-Lippe.

Für die überregionalen, politischen Interessen der Handwerkskammer setzte sie sich zunächst auf Landesebene in Düsseldorf ein, seit dem 1. Januar 2005 ist sie Mitglied des Präsidiums des Zentralverbands des Deutschen Handwerks (ZDH). Aufgrund ihrer praktischen Erfahrung als Unternehmerin und ihres Einsatzes für den Mittelstand wurde Lena Strothmann 1998 in den Mittelstandsbeirat beim Bundesministerium für Wirtschaft berufen



Hartmut Schauerte MdB

Hartmut Schauerte, Jahrgang 1944, geboren und wohnhaft in Kirchhundem, verheiratet und Vater von 4 Söhnen, hat lange Zeit als Gründer und Mehrheitspartner in einer Sozietät den Beruf des Rechtsanwalts und Notars ausgeübt.

Von 1980 bis 1994 war er Mitglied des Landtages von Nordrhein-Westfalen und dort haushalts- und finanzpolitischer Sprecher sowie stellvertretender Fraktionsvorsitzender. Seit 1994 ist er Mitglied des Deutschen Bundestages. Dort ist er Mittelstandspolitiker, Vorsitzender des einflussreichen Parlamentskreises Mittelstand (PKM) und Mitglied des Fraktionsvorstandes der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

Zudem ist er Landesvorsitzender der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung (MIT) der CDU-NRW. Neben dem Einsatz für seine Heimatregion – das Sauerland – versteht er sich als Mittelstandspolitiker mit Leib und Seele.

Er kämpft zielstrebig für die Interessen des Mittelstandes und für die Anliegen aller Menschen, die ihr Leben durch eigenen Einsatz, Verantwortung und Risikobereitschaft gestalten wollen.

Der Mittelstand ist wirtschaftlich, kulturell und ethisch das Rückgrat und gleichzeitig auch die treibende Kraft einer freiheitlichen Gesellschaft.



Hildegard Müller MdB

Die Gesundheits- und Sozialpolitik standen in den vergangenen drei Jahren im Vordergrund der parlamentarischen Arbeit von Hildegard Müller.

Gleich im November 2002 sah sich die damals frisch ins Parlament gewählte Düsseldorferin der ersten sozialpolitischen Notoperation in der Legislaturperiode gegenüber: Mit dem „Beitragsatzsicherungsgesetz“ wollte Rot-Grün vergeblich steigende Lohnzusatzkosten und die Finanzen der Sozialkassen in den Griff kriegen.

Dass es aber mit „Quacksalberei“ angesichts der demografischen Entwicklung unserer Gesellschaft nicht getan ist, davor hatte Müller schon früher als Bundesvorsitzende der JU gewarnt.

Als Mitglied der „Herzog-Kommission“ und als Vorsitzende der MIT-Kommission Gesundheitspolitik bot sich ihr ab 2003 an entscheidenden Stellen die Gelegenheit, an den langfristigen Alternativen der Union mitzuarbeiten.

Die 38-jährige Diplom-Kauffrau engagiert sich politisch weit darüber hinaus. Als Mitglied des Präsidiums der Bundes-CDU befasst sie sich regelmäßig mit weiteren Politikfeldern, wie das Diskussionspapier „Wachstum durch mehr Wettbewerb“ für den Bundesparteitag 2004 zeigte. Müllers Herz dürfte allerdings auch künftig an der Wirtschafts- und Mittelstandspolitik hängen.



Marie-Luise Dött MdB

Marie-Luise Dött wurde 1953 in Nordhorn geboren. Sie ist römisch-katholisch, verheiratet und hat einen erwachsenen Sohn. Nach dem Abitur absolvierte sie erfolgreich eine Ausbildung zur Einzelhandelskauffrau, Gemmologin und Diamantgutachterin. 1984 trat sie in die CDU ein.

Sie ist Mitglied im Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit und setzt sich als Berichterstatterin für Chemikalien- und Stoffpolitik für ein umwelt-, innovations- und mittelstandsfreundliches REACH ein (Bundestags-Drucksache 15/5454). Vor allem auf kleine und mittelständische Unternehmen kommen untragbare finanzielle, personelle und bürokratische Belastungen zu.

Der EU-Verordnungsentwurf muss daher mittelstandsfreundlicher ausgestaltet werden. Dazu gehört eine Minimierung der von kleinen und mittleren Unternehmen durchzuführenden Registrierungen genauso wie eine Entbürokratisierung des Registrierungsverfahrens.

Als Vorsitzende der MIT-Kommission „Unternehmerfrauen im Mittelstand“ organisiert sie Tagungen für politisch engagierte Frauen. Eine besondere Thematik ist die Situation mitarbeitender Familienangehöriger in der Sozialversicherung. Hier sind notwendige verwaltungsrechtliche Änderungen dringend erforderlich.



Dr. Günter Krings MdB

Zum zweiten Mal kandidiert der Mönchengladbacher Dr. Günter Krings für den Deutschen Bundestag, der bei der letzten Bundestagswahl seiner SPD-Konkurrentin den Wahlkreis abjagen konnte.

Krings wuchs in Mönchengladbach auf und studierte anschließend Jura und Geschichte in Köln sowie in den USA. Daran schloss sich sein Referendariat, unter anderem bei verschiedenen Anwaltskanzleien und Tätigkeiten bei der Kienbaum Unternehmensberatung, an. Bevor er für die CDU in den Bundestag einzog, war Krings wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Staatsrecht der Universität Köln. Zudem ist er seit 1998 als Rechtsanwalt (nebenberuflich) am LG Mönchengladbach zugelassen.

Er arbeitet im Vorstand der Mittelstandsvereinigung seiner Heimatstadt mit und ist stellvertretender Vorsitzender der MIT Niederrhein. Krings ist Mitglied im Rechtsausschuss und dort zuständig für weite Bereiche des Wirtschaftsrechts, insbesondere für das „Geistige Eigentum“ (Urheberrecht, Patentrecht etc.). So konnte er beispielsweise bei der Debatte um die EU-Softwarepatentrichtlinie in der Bundestagsfraktion eine mittelstandsfreundliche Haltung durchsetzen.

Ein weiteres besonderes Anliegen ist ihm der Bürokratieabbau. Die staatliche Reglementierung trifft aus Krings Sicht besonders hart den Mittelstand und verhindert somit Wachstum und Innovationen.



Friedrich Merz MdB

Nach vorausgegangener mehrjähriger Mitgliedschaft im Europäischen Parlament ist Friedrich Merz seit Oktober 1994 Mitglied des Deutschen Bundestages. Während seiner Mitgliedschaft hat er als Fraktionsvorsitzender und Stellvertretender Fraktionsvorsitzender herausgehobene Funktionen in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion wahrgenommen.

Fachlich hat er sich zunächst als Obmann für Finanzfragen und später als Funktionsträger der Fraktion intensiv mit Haushaltsfragen sowie wirtschafts- und finanzpolitischen Themen befasst. Im November 2003 hat er ein in der interessierten Öffentlichkeit und Fachwelt viel beachtetes Konzept für eine radikale Vereinfachung des Einkommenssteuerrechts vorgelegt.

Friedrich Merz ist seit 1986 Rechtsanwalt und hat diesen Beruf, mit Ausnahme seiner Zeit als Fraktionsvorsitzender, beständig ausgeübt; seit Januar 2005 in der Anwaltssozietät Mayer, Brown, Rowe & Maw LLP.

Am 18. September kandidiert das langjährige prominente Mitglied der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU Nordrhein-Westfalen erneut im Wahlkreis Hochsauerlandkreis für ein Bundestagsmandat.



Marcel Philipp

Marcel Philipp wurde 1971 in Aachen-Burtscheid geboren. Er und seine Frau Gabriele haben eine Tochter. Nach dem Abitur kam zunächst der Wehrdienst, anschließend eine Malerlehre. Nach der Tätigkeit als Malergehülfe im traditionellen Familienbetrieb erfolgte 1996 die Meisterprüfung und der Abschluss Betriebswirt des Handwerks. In dritter Generation übernahm Marcel Philipp die Geschäftsführung der Emil Philipp GmbH.

Politisch ist er seit über 15 Jahren in der CDU aktiv. 1991-97 war er Vorsitzender des Stadtbezirks Frankenberg. 1996-99 arbeitete er als sachkundiger Bürger im Wohnungs- und Liegenschaftsausschuss. 1999 wurde er Mitglied im Rat der Stadt Aachen. Dort wurde er Fraktionssprecher für Wirtschaftsförderung. Seit 2001 ist Marcel Philipp im Fraktionsvorstand, im Jahre 2004 folgte die Übernahme des Vorsitzes im Ausschuss für Wirtschaft, Wissenschaft und europäische Angelegenheiten.

Politisch und beruflich hat Marcel Philipp bereits einen für seine 34 Jahre vergleichsweise langen Weg hinter sich. Vor dem Hintergrund seiner täglichen Erfahrungen als langjähriger Geschäftsführer eines mittelständischen Betriebes kennt er sein Handwerk und hat sich in der Politik frühzeitig die Schwerpunkte Wirtschaftsförderung und Schaffung neuer Arbeitsplätze gestellt. Themen, die in Deutschland wichtiger sind denn je und mit denen Marcel Philipp gute Chancen hat, der SPD-Kandidatin Ulla Schmidt den Wahlkreis Aachen abzugeben.